



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Fahrscheinloser ÖPNV - Vorschlag unterstützen und Maßnahmenplan erarbeiten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erkennt an, dass,

- a) eine Verkehrswende für Gesundheits-, Klima- und Umweltschutz sowie Verkehrssicherheit unabdingbar ist,
- b) für diese Verkehrswende Verkehrsvermeidung und Verminderung des motorisierten Individualverkehrs elementare Voraussetzungen sind,
- c) das ÖPNV-Angebot ausgebaut und attraktiver werden soll und jährliche Fahrpreiserhöhungen kontraproduktiv sind und
- d) „Mobilität für alle“ eine soziale und ökologische Frage ist, die des Ausbaus des Umweltverbundes aus ÖPNV, Fuß- und Radverkehr bedarf.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Vorschlag der drei Bundesminister an die EU-Kommission zu unterstützen, einen sogenannten „kostenfreien“ ÖPNV einzuführen, um die Luftreinhalte-Vorgaben zu erfüllen,
2. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, auch die Oberzentren Sachsen-Anhalts kurzfristig mit aufzunehmen zur Erprobung des kostenfreien Konzepts,
3. einen konkreten und wirksamen Maßnahme- und Zeitplan zu erstellen, der das ÖPNV-Angebot im Land mittelfristig ausbaut, um der Nachfrage gerecht werden zu können,
4. den ticketlosen ÖPNV neben der ökologischen auch als soziale Chance zu begreifen, Mobilität zu demokratisieren und somit auch in der Fläche, nicht nur in den Städten, sicherzustellen.

(Ausgegeben am 28.02.2018)

Begründung

Am 13. Februar 2018 haben die BundesministerInnen Barbara Hendricks und Christian Schmidt sowie Kanzleramtschef Peter Altmaier aufgrund einer angedrohten Klage der EU-Kommission gegen Deutschland und weitere EU-Mitgliedstaaten wegen Nichteinhaltung der Luftreinhalte-Vorgaben in einem Brief als Maßnahme unter anderem vorgeschlagen, in fünf deutschen Städten modellhaft kostenfreien Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu erproben. Diese und andere Maßnahmen sollen Fahrverbote von Diesel-Fahrzeugen abwehren.

Der unerwartete Vorstoß der drei MinisterInnen ist eine Chance, den ÖPNV zu stärken. Die Frage, wer wie die Nutzung des ÖPNV bezahlen soll, überdeckt nach Ansicht der einbringenden Fraktion die dringende Aufgabe und die Chance des ÖPNV, die menschliche Gesundheit sowie Klima und Umwelt zu schützen.

Vor der Frage nach der Kostenfreiheit stehen der Ausbau der Infrastruktur sowie Erhöhung der Zahl der Fahrzeuge und des Personals. Deshalb wird die Landesregierung aufgefordert, einen konkreten Maßnahmeplan zu erstellen, wie Sie die Mobilität aller - auch ohne Auto - in den Städten und auf dem Land gewährleisten möchte. Das ist nicht sofort umsetzbar, muss aber sofort geplant und erarbeitet werden. Ein attraktiver und effizienter ÖPNV sollte flankiert werden von einer Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt, weil es neben der Mobilität um Lebensqualität geht.

Am 27. Februar 2018 hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden, dass Kommunen Fahrverbote für Dieselfahrzeuge erlassen können, wenn die Grenzwerte für Stickoxide nicht eingehalten werden. Mitte März 2018 will die EU-Kommission entscheiden, ob sie Klage erhebt wegen überhöhter Feinstaubbelastungen in vielen europäischen Regionen. Kurzfristig und mittelfristig besteht dringender Handlungsbedarf für saubere Luft.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender